

## Antrag auf Leistungen für Gewaltopfer nach dem Vierzehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB XIV)

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Baedekerstr. 2-20 56073 Koblenz

I. Personalien	
Name, Vorname:	Geburtsdatum:
Anschrift	
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnor	t):
Ausgeübter Beruf:	
Telefonnummer (freiwillige Angabe):	E-Mail Adresse (freiwillige Angabe):
Familienstand	
ledig	1 verwituet   □ geochieden
□ verheiratet □ Lebenspartnerschaft □ seit	i verwitwet 🗀 geschieden
II Constaliabely Vertretories aday Povalles	Sobtisto/v odov Dotrovovin
II. Gesetzliche/r Vertreter/in oder Bevollm Name, Vorname:	achtigte/r oder Betreuer/in
ivalile, vollialile.	
Anschrift	
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnor	t):
	,
Eine Kopie der Bestellungsurkunde, ein Nac	hwois zur Potrouung oder eine
unterschriebene Vollmacht	nwers zur Detreuurig oder eine
□ sind beigefügt. □ werden nachgereich	t.

III. Angaben zur Gew	III. Angaben zur Gewalttat		
Tatzeit/Tatzeitraum (	soweit möglich inkl. de	r nachfolgenden Angal	oen):
Uhrzeit	Tag	Monat	Jahr
` `	n mit Ortsbeschreibung	, z. B: Ort, Straße, Hau	isnummer,
Wohnung):			
	rer Berufsausübung, de		
Rückweg?	ungseinrichtung passie	rt oder auf dem vveg d	ortnin bzw. aur dem
□ Nein.			
☐ Ja, und zwar:			
□ Arbeitsplatz	□ Schule □ Studium	n □ Ausbildung □ B	Setreuungseinrichtung
<u> </u>	ı Arbeitsplatz □ Weç		•
□ vveg zur/von <i>F</i>	Ausbildung □ Weg zu	r/von Betreuungseinric	ntung
Falls die vorherige Fra	age mit JA beantwortet	wurde: Geben Sie hitte	e den Namen und die
	ebers/Ihrer Ausbildung		
Berufsgenossenschaf	t/Unfallkasse an:		
Name:			
A 1 :60			
Anschrift	· Dootloitzohl Ort)		
(Straße, Hausnummer	, Postieitzani, Ort):		
Ist eine Strafanzeige erstattet worden?			
□ Ja, bei folgender Polizeidienststelle am (Datum) unter folgendem Aktenzeichen			
□ Nein, weil		<del></del>	

Daten des Täters/der Täterin (soweit bekannt)
Name, Vorname:
Anschrift
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort):
Weitere Tatbeteiligte
Name, Vorname:
Name, Vorname:
Tatzeuginnen/Tatzeugen
Name, Vorname:
Name, Vorname:
ivame, vomame.
Hat ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren/ gerichtliches Verfahren
stattgefunden?
□ Ja, bei folgender Staatsanwaltschaft unter folgendem Aktenzeichen
□ Nein.
Tathergang
Bitte schildern Sie den wesentlichen Ablauf der Gewalttat. Stattdessen können Sie auch eine Kopie des Strafantrags und/oder des Polizeiprotokolls beifügen.
□ Ich kann hierzu zur Zeit keine Angaben machen.

IV. Angabe	en zu Gesundl	heitsstörungen/Schädigungen	
Zu welchen geführt?	körperlichen ur	nd/oder seelischen Gesundheitsstör	ungen hat die Gewalttat
Liegen diese	e heute noch vo	or?	
☐ Ja, folgei	nde Gesundhei	itsstörungen liegen heute noch vor:	
□ Nein.			
Sind Sie kra	nkenversichert	?	
	_	l privat □ beihilfeberechtigt enkassese	eit
□ Nein.			
Wurden dure Hörgerät, Za		at am Körper getragene Hilfsmittel b	eschädigt (z. B. Brille,
☐ Ja, folgei	ndes Hilfsmitte		·
□ Nein.			
V Angobou	a zu örztlichen	havahatharanautiaahan Bahand	lungan
	bis	n/psychotherapeutischen Behand Bitte Bezeichnung des	
von	DIS	behandelnden Arztes/der behandelnden Ärztin, des Krankenhauses, der Station sowie deren Anschrift	in Behandlung wegen (Krankheitsbezeichnung)

	ī			T
Haben gelte Gewalttat be	-	Sesundheitsstöru	ngen/Schädigunge	en bereits vor der
☐ Ja, und z	zwar folgende <sub>-</sub>			
,	<u> </u>			
□ Nein.				
VI. Sonstige Ansprüche und Leistungen Bitte machen Sie hierzu auch Angaben, auch wenn über Ihren bisherigen Antrag nicht abschließend entschieden wurde.				
Beruf/Tätigk	Beruf/Tätigkeit/Studium/Schule vor der Gewalttat:			
Beziehen Si	Beziehen Sie Leistungen von der Agentur für Arbeit?			
□ Nein.	□ Nein. □ Ja.			Ja.
Wenn ja, wu □ Nein.	ırde eine Unter	suchung durchge		Ja.
	Anschrift/Akten	zeichen der Arbe	ت itsagentur angebe	
Beziehen Si	e eine <b>Unfallre</b>	ente?		
□ Nein.				Ja.
Wenn ja, wurde eine Untersuchung durchgeführt?				
□ Nein.	, .			
DILLE INAMIE/	Anschill/Akten	zeichen des Unia	iliversicherungstra	gers angeben:
Erhalten Sie <b>Rente wegen Erwerbsminderung</b> aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder haben Sie dort einen Antrag gestellt?				
□ Nein.	□ Nein. □ Ja.			Ja.
•	Wenn ja, wurde eine Untersuchung durchgeführt?			lo.
☐ Nein.			Ц	Ja.

Bitte Name/Anschrift/Aktenzeichen des Rentenversicherungsträgers angeben:
Ich erhalte eine Rente ab
Haben Sie bei der <b>Pflegekasse Leistungen der Pflegeversicherung</b> beantragt?
□ Nein. □ Ja.
Wenn ja, bitte Name/Anschrift/Aktenzeichen der Pflegekasse angeben:
☐ Der Antrag wurde abgelehnt.
☐ Der Antrag wurde bewilligt. Ich bin in Pflegegrad (Stufenzahl bitte angeben)
eingestuft. Eine Kopie des Bescheides und falls vorhanden des Pflegegutachtens
☐ habe ich beigefügt. ☐ werde ich nachreichen.
☐ Über den Antrag wurde noch nicht entschieden.
Untersuchung fand statt/ist vorgesehen für
Sind Behinderungen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) –
<b>Schwerbehindertenrecht</b> – festgestellt worden oder haben Sie einen entsprechenden Antrag gestellt?
□ Nein. □ Ja.
Wenn ja, bitte die Behörde und das Geschäftszeichen angeben:
Haben Sie einen Leistungsanspruch gegenüber Dritten?
□ Ja, gegenüber
Anschrift:
<del></del>
□ Nein.

Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Mir ist bekannt,

- dass wahrheitswidrige Angaben strafrechtlich verfolgt werden können und
- dass zu Unrecht empfangene Leistungen zurückgezahlt werden müssen.

Als weitere Unterlagen füge ich bei:	
verpflichtet ist, Schadensersatzanspr machen (§ 120 SGB XIV). Daher mu Versorgung den Täter/die Täterin frü Sollte ich dies nicht wünschen, werde hierfür darstellen. Das Landesamt fü prüfen, ob erhebliche Nachteile für m	t für Soziales, Jugend und Versorgung grundsätzlich rüche gegen den Täter/die Täterin geltend zu iss das Landesamt für Soziales, Jugend und hzeitig über meine Antragstellung informieren. e ich auf dem anliegenden Zusatzblatt die Gründe r Soziales, Jugend und Versorgung wird dann nich zu befürchten sind und daher auf die tzansprüche ausnahmsweise verzichtet werden
Ansprüchen auf Schmerzensgeld – g Jugend und Versorgung über. Daher	gen den Täter/die Täterin – mit Ausnahme von gehen kraft Gesetz auf das Landesamt für Soziales, darf ich hierzu keine Vereinbarungen (z.B. n oder deren Versicherungen schließen.
Ort, Datum	Unterschrift der antragstellenden Person oder der zur Vertretung berechtigten Person. Berechtigung bitte ggf. nachweisen.

## Einverständniserklärung

Soweit ich keine für die Anspruchsprüfung erforderlichen Unterlagen beifüge, wird die zuständige Behörde den Sachverhalt von Amts wegen aufklären.

Ich erkläre mich daher insbesondere mit der Beiziehung folgender Unterlagen einverstanden:

Polizeiliche Ermittlungsunterlagen, staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten, Gerichtsakten, Jugendamtsakten, erforderliche medizinische Unterlagen (insbesondere Untersuchungsbefunde, Befundberichte, Therapieberichte, Entlassungsberichte, Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder Pflegeversicherung, Krankenunterlagen und Röntgenbilder).

Die genannten Unterlagen können von den behandelnden Ärztinnen/Ärzten, Psychologinnen/Psychologen, Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten, Krankenanstalten, Behörden, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie auch von privaten Kranken-, Pflege- und Unfallversicherungsunternehmen beigezogen werden, auch soweit sie von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Stellen erstellt worden sind, allerdings nur in dem Umfang, wie sie Aufschluss über die geltend gemachten Tatbestände geben können.

Die Einverständniserklärung gilt für das mit diesem Antrag eingeleitete Verfahren, für ein sich gegebenenfalls anschließendes Überprüfungs- und Widerspruchsverfahren sowie für das Verfahren zur Durchsetzung der auf das Land übergegangenen Schadensersatzansprüche. Sie bezieht sich auch auf die während des Verfahrens eintretenden Sachverhalte und angefertigten Unterlagen.

eutinnen/Therapeuten insoweit von ihrer		
□ Nein. □ Von dieser Schweigepflichtentbindungserklärung schließe ich ausdrücklich aus:		
Unterschrift der antragstellenden Person oder der zur Vertretung berechtigten Person. Berechtigung bitte ggf. nachweisen.		

## Merkblatt zum Datenschutz gem. Artikel 12 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)

Für die Bearbeitung Ihres Antrages auf Leistungen nach dem SGB XIV erhebt das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung persönliche Daten und Gesundheitsdaten.

Ihre Daten werden soweit erhoben, wie dies für die Durchführung der Aufgabe des Sozialen Entschädigungsrechts erforderlich ist. Diese Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchst. A, Art. 9 Abs. 1 Buchst. A EU-DSGVO in Verbindung mit §§ 67a, 67 b SGB X verarbeitet.

Sofern dies in Abhängigkeit von der von Ihnen beantragten Leistung erforderlich ist, werden zur Sachverhaltsaufklärung auch Daten insbesondere von Renten-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherungen, Jugendämtern, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, von Integrationsfachdiensten, der Staatsanwaltschaft, Gerichten, behandelnden Ärztinnen und Ärzten und Krankenhäusern sowie von Behörden, die über die Feststellung einer Behinderung nach § 152 SGB IX entscheiden, erhoben und verarbeitet.

Auf Grundlage des § 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 und § 78 SGB X können auch Daten von Ihnen an andere Stellen weitergegeben werden. Eine Weitergabe dieser Daten erfolgt selbstverständlich nur insofern dies für die Aufgabenerfüllung des SGB XIV notwendig ist.

Ihre Daten werden seitens des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß § 67 c Abs. 1 SGB X für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist jedoch verpflichtet, Ihre für eine etwaige Leistungsgewährung erforderlichen Daten als zahlungsbegründende Information zehn Jahre ab Beginn der Leistungsgewährung aufzuheben.